

Zur Integration der Sudetendeutschen in Bayern

Von Prof. Dr. Wilhelm Liebhart M. A.

Der Begriff »Integration« ist zum allgegenwärtigen Schlagwort der Politik des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts geworden. Das Phänomen erweist sich jedoch so alt wie die Menschheitsgeschichte selbst. Bayern in seiner wechselnden geopolitischen bzw. politisch-geografischen Gestalt macht hier keine Ausnahme: Als gelungene Integration schlechthin gilt vor dem 20. Jahrhundert die Gründung des Königreiches Bayern.¹ Ostschwaben und Franken wurden seit 1802 politisch dem Kurfürstentum Baiern (Altbayern) zugeschlagen. Aus verschiedenen Territorien entstand aber etwas neues, eine neue Einheit, das Königreich Bayern. Sein damals erreichter Gebietsumfang erhielt sich abgesehen von zwei Landgerichten in Unterfranken, die 1866 an Hessen kamen, und von der Rheinpfalz, die 1946 veranlasst durch die Besatzungsmacht Frankreich in ein neues Land Rheinland-Pfalz aufging, bis heute. Im 20. Jahrhundert stellte sich die Integration von zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen nach 1945 als größte Herausforderung in der Geschichte des Landes dar. Was heißt eigentlich Integration?

Was ist Integration?

»Integration« ist im dreifachen Wortsinn² nach einmal die »Wiederherstellung oder Herstellung einer Einheit aus Differenziertem«, dann die »Einbeziehung oder Eingliederung in ein größeres Ganzes« und schließlich der erreichte Endzustand als solcher.³ Die Geschichtswissenschaft hat den Begriff aus der Soziologie entlehnt und erst spät rezipiert. »Integration« ist an sich neutral und sagt über die Art und Weise nichts aus. In der gegenwärtigen Diskussion über die Integration von Ausländern in die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird darunter vielfach »Assimilation« und »Akkulturation«, also die Angleichung oder Anpassung von Menschen einer anderen ethnischen Gruppe, verstanden. Was anderes meint die »Partizipation«, das heißt die gleichberechtigte »Teilhabe« als Alternative zur Assimilation, wie sie auch gerade von Ausländern selbst gefordert wird. Ihre Folge wären Parallelgesellschaften oder eine multikulturelle Gesellschaft. Stichworte aus der aktuellen Diskussion sind in diesem Zusammenhang auch »deutsche Leitkultur« und/oder »gemeinsamer Wertekonsens« auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Verfassung des GG. Die Integrationsforschung befasst sich 1. mit der wirtschaftlichen Integration (Arbeit und Beruf), 2. mit der sozialen Integration, 3. mit der kulturellen Integration und 4. mit der politischen Integration.

Zuwanderungswellen seit 1945

Seit 1945 erlebten Deutschland und Bayern vier Zuwanderungswellen: 1. Als Folge des Zweiten Weltkrieges nahmen die drei westlichen Besatzungszonen etwa 10 Millionen deutsche Vertriebene und Flüchtlinge⁴ auf, davon Bayern allein rund zwei Millionen.⁵ Davon waren eine Million so genannte Sudetendeutsche und etwa eine halbe Million Schlesier. 2. In den 60er Jahren begann im großen Stil die Anwerbung von Gastarbeitern.⁶ Die BRD schloss 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, schon 1961 mit der Türkei, 1964 mit Portugal und 1968 mit Jugoslawien Anwerbeverträge. Trotz des Anwerbestopps von 1973 kam es zu einem weiteren Zuzug in Gestalt des Familiennachzugs. Zur Rückkehr, wie ursprünglich gedacht, kam es nicht, weil jeder Gastarbei-

ter, der länger als sieben Jahre hier lebte, eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung erhielt. 3. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Weltmacht setzte seit 1988 ein Zuzug deutschstämmiger Aussiedler aus der Ex-Sowjetunion ein. Sie gelten als Volksdeutsche im Sinne des GG-Artikels 4. Parallel dazu schwoll in den frühen 1990er Jahren der Zustrom von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen an, was dann 1993 zur restriktiven Ergänzung des Asylrechtsartikels des GG (Art. 16a) führte. Alle vier Zuwanderungswellen stellen und stellen Bayern vor die Aufgabe der Integration, die unterschiedlich gelang bzw. noch im Gange ist.

Es besteht die einmütige Auffassung, dass die größte Leistung der Nachkriegszeit, die Integration von zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen, gelungen und als Erfolgsgeschichte zu werten ist: »In dem vergleichsweise kurzen Zeitraum von etwas mehr als zwanzig Jahren ist es (...) zu einer weitgehenden Integration der Vertriebenen in die einheimische bayerische Bevölkerung gekommen.«⁷ Auch die Integration der Gastarbeiter aus europäischen bzw. EU-Ländern stellte kein Problem dar. Anders verhält es sich allerdings mit Gastarbeitern aus der Türkei und mit den kaum oder nicht mehr Deutsch sprechenden Volksdeutschen aus der Ex-Sowjetunion. Im Folgenden geht es allgemein um die Integration der Sudetendeutschen in Bayern.

Ausgangslage 1945

Bayern kapitulierte am 6. Mai 1945. Von Unterfranken aus hatte am 25. März die Eroberung Bayerns durch die 3. und 7. US-Armee begonnen, am 4. Mai ging sie mit der Übergabe Berchtesgadens zu Ende.⁸ Es begann die Besatzungszeit, die streng genommen erst am 30. Juni 1952 endete. Die Militärregierung erlosch zwar am 21. September 1949 mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts für die Bundesrepublik Deutschland, aber es bestanden für die junge Bundesrepublik und die einzelnen Länder nach wie vor eine alliierte Hohe Kommission bzw. Landeskommissionen mit Kontrollrechten weiter.

Im Vergleich mit anderen deutschen Ländern hatte Bayern bei Kriegsende noch Glück gehabt.⁹ Die kriegsbedingten Zerstörungen hielten sich in Grenzen, allerdings waren Würzburg zu 72%, Nürnberg zu 49%, München zu 33% und Augsburg 23% durch den Luftkrieg zerstört worden; es kamen an die 35 000 Menschen im Bombenkrieg¹⁰ um. Gemessen an der Bevölkerungszahl von 1939 (7 080 450 Einwohner ohne Pfalz) waren 7% der Bevölkerung gefallen oder vermisst.¹¹ Vor Kriegsende lebten rund 400 000 ausländische Arbeiter bzw. Zwangsarbeiter und etwa 1,4 Millionen Kriegsgefangene im Land, dazu kamen noch 1,1 Million Ausgebombte und Evakuierte¹² aus dem Reichsgebiet. Die Hauptprobleme der unmittelbaren Nachkriegszeit lagen in der Versorgungs-, Energie- und Wohnungsnot. Die schon während des Krieges schwierige Lage konnte sich über Jahre hinweg nicht entspannen, weil trotz der Rückkehr der Zwangsarbeiter und Gefangenen in ihre Heimatländer durch den Zuzug der Vertriebenen statt sieben Millionen (1939) neun Millionen (Ende 1946) Menschen ernährt und untergebracht werden mussten. Für die Besatzungsmacht war dies ein rein deutsches Problem. Sie interessierte sich in erster

Linie nur »für die Ausmerzung von Nationalsozialismus und Militarismus sowie für die Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie«. ¹³ Die Entlassung aller NSDAP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst stellte die öffentliche Verwaltung vor schwierige Aufgaben.

Im Mai/Juni 1945 wurden die wichtigsten Verwaltungspositionen vom Bürgermeister über den Landrat bis hin zum Ministerpräsidenten provisorisch mit unbelasteten Personen zum Teil auf Empfehlung durch die Kirchen besetzt. Am 28. Mai ernannte die Besatzungsarmee den ehemaligen BVP-Politiker Dr. Fritz Schäffer (1888–1967) zum 1. Ministerpräsidenten. ¹⁴ Ihm folgte am 28. September der SPD-Politiker Dr. Wilhelm Hoegner (1887–1980) nach, der ein Allparteienkabinett bildete. ¹⁵

Regierungserklärungen und Vertriebene

Die erste Regierungserklärung eines bayerischen Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit wurde am 14. Juni 1945 über das Radio übertragen. Fritz Schäffers Ausführungen standen noch ganz unter dem Eindruck des Krieges und der NS-Herrschaft. ¹⁶ »Preußen-Deutschland«, der Nationalsozialismus, der »Militarismus und Kadavergehorsam« seien eine unheilvolle Allianz eingegangen gewesen. Die Regierungserklärung Wilhelm Hoegners vom 22. Oktober 1945 ging erstmals auf das »Flüchtlingsproblem« ein, das »eine unserer größten Sorgen« sei. ¹⁷ Dort heißt es u. a.: »Unser Land muß mehr als 3 Millionen fremder Menschen Obdach und Nahrung gewähren. Das geht auf längere Dauer über unsere Kraft. Wir müssen diesen wurzellos gewordenen Menschen im Benehmen mit der Besatzungsmacht so rasch wie möglich wieder zu ihrer Heimat verhelfen. So lange das nicht möglich ist, haben wir die menschliche Pflicht, uns ihrer anzunehmen, sie nicht verkommen zu lassen. Das gleiche gilt für alle Opfer des Krieges (...). Sie alle müssen vor der schlimmsten Not geschützt und in unsere Wirtschaft wieder eingegliedert werden.« Ein Jahr später zog Hoegner anlässlich seines Rücktritts am 16. Dezember 1946 eine Bilanz. Mittlerweile hatte sich das »Flüchtlingsproblem« nicht nur als »eine unserer größten Sorgen«, sondern als das dringlichste politische und soziale Problem erwiesen. ¹⁸ Lebten im Februar 1945 erst 30 000 Flüchtlinge im Land, so stieg ihre Zahl bis Mitte 1946 auf 1 633 960 Personen an. In 758 Eisenbahntransporten seien 762 000 Personen eingetroffen, die u. a. in 1004 Flüchtlingslagern untergebracht werden konnten. Der Freistaat brachte laut Hoegner bis Ende 1946 über 300 Millionen Reichsmark für die Flüchtlinge auf.

Sein Nachfolger Hans Ehard (CSU) ¹⁹ kündigte in seiner Regierungserklärung vom 10. Januar 1947 die Errichtung eines Staatssekretariats für Flüchtlingsangelegenheiten mit dem Auftrag an, die Lebensbedingungen der Ausgewiesenen (...) zu bessern und sie so rasch wie möglich dem wirtschaftlichen, sozialen und strukturellen Leben des Landes einzuverleiben. ²⁰ Ehard vertraute darauf, dass die »altherkommene Tüchtigkeit« der Vertriebenen »sich auch in der neuen Heimat bewähren« werde. Seine Regierung ging davon aus, dass »nur ungefähr 40 % in den Arbeitsprozess eingegliedert werden« können, denn: »Die übrigen sind arbeitsunfähig, nämlich kranke Männer, Frauen, Kinder und alte Leute.«

Flüchtlingsgesetz 1947

Am 19. Februar 1947 verabschiedete die Staatsregierung – nicht der Landtag – das »Gesetz Nr. 59 über die Aufnahme und Eingliederung deutscher Flüchtlinge«. ²¹ Es ging auf eine Anordnung der Militärregierung zurück und war im bizona-

len Länderrat beschlossen worden. ²² Es löste das Flüchtlingsnotgesetz vom 14. Dezember 1945 ab. Das neue Gesetz unterschied drei Gruppen von Betroffenen: 1. Personen, die außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz hatten (Stand 1. März 1938) und »von dort geflüchtet oder ausgewiesen« ²³ worden waren, 2. geflüchtete und ausgewiesene Personen aus »den deutschen Ostprovinzen östlich der Oder und Görlitzer Neiße (Gebietsstand 1. September 1939)« und 3. sonstige, worunter die SBZ-Flüchtlinge verstanden wurden. Das Gesetz forderte im § 2 die volle Integration, wenn es heißt: »Die Eingliederung der Flüchtlinge soll ihr organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung gewährleisten.« § 4 gebot für die Volksdeutschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit die Gleichstellung mit »den deutschen Staatsangehörigen in ihren Rechten und Pflichten«. § 5 regelte die sozialen Fürsorgeleistungen, die an eine »Zuweisung von Arbeit gemeinnütziger Art« gebunden sein konnten. Die »Unterbringung in Not- und Sammelunterkünften« war laut § 6 auf ein Mindestmaß zu beschränken und Sache der öffentlichen Hand. Umstritten und in der eingewiesenen Bevölkerung geradezu verhasst waren die in § 7 für die untere Flüchtlingsverwaltung eröffnete Möglichkeit, Beschlagnahmen für die Einrichtung der Sammelunterkünfte »zum Zwecke der Gebrauchsüberlassung auf bestimmte Zeit und gegen angemessene Vergütung« vorzunehmen, und die in § 8 gebotene Erfassungspflicht aller verfügbaren und geeigneten Wohnräume. § 9 verpflichtete die öffentliche Hand, »die Eingliederung der Flüchtlinge mit allen Mitteln zu fördern, insbesondere bei der Einstellung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, bei der Erteilung von Handels- und Gewerbebewilligungen, bei der Zulassung zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit und bei der Errichtung selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe«. ²⁴ Wenig bekannt ist, dass seit 1946 Großgrundbesitzer gegen Entschädigung Grund und Boden zur Ansiedlung von Flüchtlingslandwirten abtreten mussten. Es gab also auch in den Westzonen eine Bodenreform. ²⁵ Durch das »Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform« von 1946 musste z. B. die freiherrliche Familie von Gumpenberg in Pöttmes rund 135 ha Land abgeben. ²⁶ Die gerichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Staat zogen sich bis 1959 hin. Die Familie erhielt schließlich 275 023 Mark Entschädigung. Es entstanden sechs neue landwirtschaftliche Anwesen. Insgesamt waren von diesem Gesetz in Bayern 33 389 ha Land betroffen gewesen. Im Amperland waren davon auch die Grafen von Spreiti in Unterweilbach oder die Freiherren von Freyberg in Jetzendorf betroffen gewesen.

Das neue Flüchtlingsgesetz hat sich bewährt und förderte durch die Einrichtung einer Flüchtlingsverwaltung auf Stadt- und Landkreisebene zweifelsohne die Integration, wenn auch vielfach gegen den Willen der Einheimischen, was dann noch politische Folgen zeitigen sollte.

CSU und Bayernpartei

Es gehört zu den interessantesten und spannendsten Phänomenen der Nachkriegszeit, dass sich die Wählerschaft der CSU nach dem großen Wahlsieg in der ersten Landtagswahl im Dezember 1946 in der Folgezeit spaltete. ²⁷ Im Januar 1948 trat CSU-Landwirtschaftsminister Josef Baumgartner zur Bayernpartei (BP) über, um im Juni die Parteiführung zu übernehmen. Baumgartner war 1911 in Sulzemoos bei Dachau geboren worden, er verstarb 1964 in München. Der Kleinbauernsohn studierte Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie. Von 1929 bis 1933 arbeitete er beim Bayeri-

schen Christlichen Bauernverein, danach als Versicherungsangestellter, ab 1942 diente er als Soldat. Nach dem Zusammenbruch gehörte er zu den Mitbegründern des Bayerischen Bauernverbandes und der CSU. Mit dem Übertritt liebäugelten zeitweise auch der erste Ministerpräsident Fritz Schäffer und Alois Hundhammer. Die Bayernpartei verstand sich als betont katholisch-konservativ, föderalistisch, ja separatistisch; hinzu trat die Ablehnung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, was deren Integration nicht erleichterte. Man befürchtete eine Überfremdung Altbayerns. Eine Wahlbrochure Baumgartners von 1949 lautete deshalb »Bayern muß Bayern bleiben!«

Wahlen

Bei der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949 erhielt die CSU 29,2%, die SPD 22,7%, die Bayernpartei 20,9%, die WAV 14,4% und die FDP 8,59%. In der 2. Landtagswahl von 1950 wurde die CSU im Vergleich zu 1946 nahezu halbiert: Von den 52,3% des Jahres 1946 blieben nur noch 27,4% übrig, die BP erhielt auf Anhieb 17,9%. Bei der 3. Landtagswahl 1954 bekam die CSU 38,4% und die BP nur noch 13,2%. Ihr Höhepunkt war also bereits überschritten, dennoch konnte sie 1954 bis 1957 in der so genannten »Viererkoalition« (SPD, BP, FDP, BHE)²⁸ sogar mitregieren. Danach begann ihr dramatischer Abstieg. Zwischen dem Aufstieg der Bayernpartei und dem Zuzug von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen bestand ein innerer Zusammenhang. 1950 lebten in Bayern rund zwei Millionen Neubürger. Sie waren wegen des Wohnungsmangels in den Städten auf dem flachen Land untergebracht worden, sodass dort im Durchschnitt 30% Ortsfremde wohnten. Reine Flüchtlingssiedlungen wie Neuwildflecken (Rhön), Traunreut, Waldkraiburg, Geretsried, Neugablonz (Kaufbeuren), Neutraubling und Bubenreuth stellten die Ausnahmen dar. Die Unterbringung auf dem agrarischen Land gab Anlass für manche Probleme.²⁹ Diese dezentrale Unterbringung erwies sich aber auf Dauer gesehen für die Gewerbeansiedlung und Industrialisierung von Vorteil, da sie auch Arbeitsplätze für Einheimische zur Verfügung stellten. Aber auch die Flüchtlinge und Vertriebenen organisierten sich parteipolitisch, nicht zuletzt, um die Bayernpartei zu relativieren. Eine Vertriebenenpartei mit Namen »Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)« wurde am 17. September 1950 gegründet. Sie beteiligte sich erfolgreich in den 50er Jahren an allen Wahlen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

»Einwurzelung, Verständigung und Begegnung«

Am 5. Juni 1954 hielt der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU) auf dem Sudetendeutschen Tag in München eine grundsätzliche Rede. Am Ende seiner Rede übernahm er »namens der Bayerischen Staatsregierung das Protektorat über die große Gemeinschaft der sudetendeutschen Volksgruppe«. Von »Bayerns viertem Stamm« sprach Ehard streng genommen nicht, obwohl er im Verlauf der Ansprache einen Wandel in Bayern konstatierte, der historisch gesehen »nur mit der Umwandlung des Kurfürstentums Pfalz-Bayern zum größeren Königreich Bayern«³¹ verglichen werden könnte. Anlässlich dieser »Umwandlung« kamen seit 1802 die Ostschwaben und die Franken zunächst zum Kurfürstentum und dann 1806 zum Königreich Bayern. Es entstand das »Neue Bayern«. Von »Bayerns viertem Stamm« ist dezidiert erst in einer am 7. November 1962 der Landsmannschaft von Ehard übergebenen Urkunde die Rede. Kehren wir zur Ansprache von 1954 zurück. Der Ministerpräsident einer CSU/SPD/

BHE-Koalitionsregierung ging zu Beginn seiner Ansprache vom Ergebnis der Volkszählung von 1950 aus, wonach sich von 1 937 300 Flüchtlingen 53% oder 1 026 400 als Sudetendeutsche bezeichnet hatten. Im Verlauf seiner wohl wesentlich von ihm selbst mitformulierten Rede beschwor er in den Abschnitten »Neue und gute Verbundenheit«, »Die Leistungen der Sudetendeutschen«, »Neue Heimat in Bayern« und »Bayerns Dank und Treue« mehr die Vergangenheit und die Gegenwart als die ungewisse Zukunft. Er sprach zunächst von der geschichtlichen Verbundenheit und von den alten Beziehungen zwischen Bayern und den Sudetendeutschen in Böhmen und Mähren. Diese wären in das Land »ihrer Vorfahren«, von dem die »Kolonisation (...) in Ost- und Südosteuropa«³² ausgegangen war, »gekommen«³³ und daher »nahe Verwandte«.³⁴ Die »menschlich-geistige Nähe« habe die »Einwurzelung« und »Verständigung und Begegnung« in der neuen Heimat »rasch und reibungslos« vollziehen lassen.³⁵ Eine allgemeine Würdigung fanden die Leistungen der Sudetendeutschen für »das deutsche und europäische Geistesleben«. Die »Vertreibung«³⁷ habe den Osten deshalb nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und geistig ärmer gemacht. Die Sudetendeutschen wären die »Klammer zwischen der deutschen und slawischen Welt«³⁸ gewesen, das entbinde aber nicht von der Aufgabe, künftig auch mit den östlichen Nachbarn die »Verständigung« zu suchen.³⁹ Die Sudetendeutschen wären zu allen Zeiten »gute Europäer« gewesen und hätten eine »europäische Gesinnung« bekundet.⁴⁰ Das »Problem der Eingliederung«⁴¹ erschien dem Ministerpräsidenten 1954 bereits als gelöst, weil die Flüchtlinge »von Anfang an« nicht als »Habenichtse«, sondern als »vollwertige Mitbürger und Mitarbeiter in Staat, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft« akzeptiert worden seien und »selbst entscheidend mitgeholfen« hätten.⁴² Die Wirtschaft Bayerns wäre durch sie »wesentlich erweitert und in ihrem Produktionskatalog entscheidend vermehrt worden«. Dies wäre auch »nicht mehr auszulöschen«, wenn den Sudetendeutschen die »Rückkehr in die angestammte Heimat vergönnt sein sollte«. Nur am Rande streifte Ehard die »Schwierigkeiten (...) 1945/46 bei der Aufnahme.«⁴⁵

Unverkennbar ist in der Rede mehrmals der Spagat zwischen politischer Realität und politischem Wunschdenken zu erkennen: Gegen Ende formulierte Ehard zunächst als politisches »Ziel unserer Mühen und Sorgen« einmal die »endgültige Verwurzelung« der Vertriebenen,⁴⁶ um dann am Schluss den Segen »für die Stunde glücklicher Heimkehr!« zu erbitten.⁴⁷ Ehard musste politische Rücksichten nehmen.⁴⁸ Im Herbst 1954 standen die dritten Landtagswahlen vor der Tür. Ehard sah persönlich im Gegensatz zu den Wählern der konkurrierenden Bayernpartei und zu Teilen seiner Partei im Zuzug der Sudetendeutschen einen Gewinn für Bayern. Auch wenn der Begriff »Integration« in den 1950er Jahren noch nicht zum politischen Vokabular gehörte, sind Ehards Begriffe wie »Einwurzelung«⁴⁹ oder »Verwurzelung«⁵⁰ und »Eingliederung«⁵¹ nicht anders zu verstehen. An die Rede Ehards knüpfen sich zwei Fragen: War die Integration Mitte der 50er Jahre bereits gelungen oder war die »schnelle Integration« lediglich ein »Mythos«?⁵²

Mythos oder Wirklichkeit?

Die Forschung ist bis heute noch nicht zu einer abschließenden Auffassung gelangt.⁵³ Die These, dass spätestens Ende der 50er Jahre die allgemeine Integration der Flüchtlinge abgeschlossen gewesen sei, relativiert Paul Lüttinger⁵⁴ dahingehend, dass sich der Entwicklungsrückstand der Neubürger

»erst in der Generationenfolge abschwächte«.⁵⁵ Es bestanden erhebliche alters- und geschlechtsspezifische Benachteiligungen insbesondere für Frauen. Jüngere Zuwanderer integrierten sich schneller und leichter als die älteren. Das Alter erwies sich durchaus von entscheidender Bedeutung. Die Möglichkeiten durch Bildung Benachteiligungen auszugleichen, waren auf dem flachen Land nicht gegeben. Erst durch die Binnenwanderung in die Städte verbesserten sich die Bildungschancen, die aufgrund einer höheren Bildungsmotivation der Vertriebenen auch genutzt wurden. Nach knapp zehn Jahren von einer gelungenen »Eingliederung« zu sprechen, war verfrüht. Man geht heute von mindestens 20 Jahren aus. Die wirtschaftliche Integration verlief schneller als etwa die soziale, kulturelle und politische.

BHE

Am Beispiel der Politik lässt sich Integration chronologisch festmachen: In den Landtagswahlen erreichte der »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten/Deutsche Gemeinschaft (BHE-DG)«, so 1950, bzw. der »Gesamtdeutsche Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE)«, so 1953 bis 1958, und die »Gesamtdeutsche Partei (Deutsche Partei – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten; GDP/DP-BHE), so 1961 bis 1966, folgende Ergebnisse 1950: 12,3%, 1954: 10,2%, 1958: 9%, 1962: 5,1% und 1966: 0,2%. Die politische Integration war zu Beginn der 60er Jahre erreicht. Die »Vertriebenen-Wähler« gaben den Volksparteien insbesondere der CSU ihre Stimmen. Der BHE ging letztlich in der CSU auf. Unschwer ist zu erkennen, dass die wirtschaftliche Integration wohl die entscheidende gewesen ist.

Wiederaufbau der Wirtschaft

Die größte Leistung der Nachkriegszeit stellt zweifelsohne Bayerns Wandel vom Agrarland zum Industriestaat dar. Man spricht von einer verspäteten Industrialisierung Bayerns bis 1990. Standortnachteile waren die geografische Randlage seit Kriegsende, die unzureichende Verkehrserschließung, die Energie- und Kapitalarmut. In den unmittelbaren Nachkriegsjahren ging es aber zunächst nur um das Überleben. Die Zwangswirtschaft der Kriegszeit ging weiter.⁵⁶ Der Staat bekam den Schwarzmarkt, in dem es lediglich zu 30% um Lebensmittel ging, nicht in den Griff. Ende 1949 erreichte die Industrieproduktion wieder den Vorkriegsstand. Dies war nicht zuletzt eine positive Wirkung des Marshallplans und der Währungsreform von 1948. Dennoch war die Arbeitsmarktlage bis 1950 angespannt, sie erreichte mit einer Arbeitslosigkeit von 18% ihren Kulminationspunkt. Die werdende Industriegesellschaft zeigte sich in der Entwicklung des Handwerks.⁵⁷ Betrug 1946 der Umsatz des Handwerks 55% des Industrieumsatzes, so waren es 1949 nur noch 45%. Einen Außenhandel gab es nicht. Bayern lieferte in großem Stil Getreide, Kartoffeln, Fleisch und Milch innerhalb der US-Zone und dann in die so genannte Bizone ab. Es waren die letzten »goldenen Jahre« für die Landwirtschaft. In die unmittelbaren Nachkriegsjahre fielen die Wiederbelebung und Neugründung berufsständischer Organisationen wie des Bauernverbands, der Industrie- und Handelskammern, der Arbeitgeberverbände⁵⁸ und der Gewerkschaften.⁵⁹ Der Anteil der Vertriebenen am Aufschwung und Wandel der bayerischen Nachkriegswirtschaft ist unbestritten, aber an sich noch ungeklärt.⁶⁰

Flüchtlinge gründeten im Laufe der Jahre etwa 4000 Industriebetriebe und bis zum 1. Januar 1955 24000 Handwerks-

betriebe (1949: 11 000).⁶¹ Gerade deshalb blieb Bayern in den 50er Jahren im Bundesvergleich noch ein »Handwerkerland«.⁶² Die Vertriebenen »haben das Handwerk insgesamt vielfältiger, attraktiver und leistungsfähiger werden lassen«.⁶³ Zu Beginn der 1950er Jahre waren in Bayern jedoch nur 6,9% aller Selbständigen Vertriebene, der Anteil bei den Arbeitern lag bei 28,8%, bei den Angestellten bei 19,3% und bei den Beamten bei 13,6%.⁶⁴ Vertriebene deckten zunächst die Nachfrage nach ungelerten Arbeitskräften ab. Facharbeiter fanden in der Metallverarbeitung und in der Textil-, Leder-, Holz-, Glas- und chemischen Industrie einen Arbeitsplatz.

Gegenwart

»In Bayern angekommen ...« war der Titel einer Wanderausstellung des »Hauses der bayerischen Geschichte« von 2000 bis 2002 zum Thema »Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern nach 1945«.⁶⁵ Der Titel ist durchaus »doppelsinnig« zu verstehen gewesen und nicht allein auf die unmittelbare Nachkriegszeit zu reduzieren. Man ist angekommen und integriert! Dabei stellen sich die Fragen wie welchen Sinn noch die Erinnerung an die alte Heimat und die Pflege ihrer Geschichte hat? Warum brauchen wir noch Landsmannschaften wie die »Sudetendeutsche Landsmannschaft«, ein »Haus des Deutschen Ostens« oder ein Berliner »Zentrum der Vertreibung«? Mit diesen Fragen verlassen wir die Geschichte und betreten das Feld der Politik, was nicht unsere Aufgabe ist. Trotzdem: »Die Vergangenheit ist niemals tot. Sie ist nicht einmal vergangen.« (William Faulkner)

Anmerkungen:

Der Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, der am 12. April 2007 bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth auf einem landesgeschichtlichen Seminar für Lehrer mit dem Thema »Bayern – Zuwanderung und Integration« gehalten wurde. Da sein Thema auch von regionalem Interesse ist, wird er hier erstmals veröffentlicht.

¹ Zum Problem vgl. Werner K. Blessing: Staatsintegration als soziale Integration. In: ZBLG 41 (1978) 633–700; Hans-Michael Kömer: Staat und Geschichte im Königreich Bayern 1806–1918. München 1992, S. 171–224.

² Das lateinische Nomen *integratio* bedeutet »Wiederherstellung eines Ganzen, Erneuerung«.

³ Duden. Das große Fremdwörterbuch. Mannheim 2. Aufl. 2000, S. 628. – Der Begriff wird auch neben der Soziologie in der Mathematik, Genetik, Philosophie, Psychologie und Wirtschaft verwendet. Vgl. dazu Brockhaus. Enzyklopädie. Band 13. 21. Aufl. Leipzig/Mannheim 2006, S. 370f.

⁴ Dazu vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels bearbeitet von Theodor Schieder. 5 Bände. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene 1954. Nachdruck 1984.

⁵ Martin Kornumpf: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen. München/Wien 1979.

⁶ Dazu für Bayern: Wilfried Rudloff: Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973. In: Thomas Schlemmer/Hans Wöller (Hgg.): Bayern im Bund. Band 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973. München 2002, S. 347–467, hier S. 428–447.

⁷ Handl, Integration, S. 210. – Zuletzt zum Thema: Marita Krauss: Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns – Konflikte und Erfolge. In: Dierk Hoffmann/Michael Schwarz (Hgg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. München 1999, S. 47–56; Friedrich Prinz: Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern. Versuch einer Bilanz nach 55 Jahren. Augsburg 2000; Walter Ziegler: Die Integration der Flüchtlinge in Bayern. In: Eduard Hlawitschka (Red.): Forschungsbeiträge der geisteswissenschaftlichen Klasse (Schriftenreihe der sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste 23). München 2002, S. 267–298.

⁸ Klaus-Dietmar Henke: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1996, S. 777 passim. – Zu den Kämpfen südlich der Donau siehe Joachim Brückner: Kriegsende in Bayern 1945. Der Wehrkreis VII und die Kämpfe zwischen Donau und Alpen (Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges 30), Freiburg 1987.

⁹ Maximilian Lanzinner: Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958. Regensburg 1996, S. 13–24; Karl-Ulrich Gelberg: Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945–1978). In: Handbuch der Bayerischen Geschichte. Viertes Band: Das Neue Bayern. Erster Teilband: Staat und Politik. Begründet von Max Spindler, neu hrsg. von Alois Schmid. München 2. Aufl. 2003, S. 635–956, hier S. 635–646.

- ¹⁰ Jörg Friedrich: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945. München 2002, S. 312 passim
- ¹¹ 254 897 Gefallene und 233 000 Vermisste = 487 897 »Ausfälle«.
- ¹² Katja Klec: Im »Luftschutzkeller des Reiches«. Evakuierte in Bayern 1939 bis 1953 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 78). München 1999.
- ¹³ Gelberg, Quellen, S. 43.
- ¹⁴ Christoph Henzler: Fritz Schäffer 1945–1967. Eine biographische Studie zum ersten bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, München 1994.
- ¹⁵ Peter Kritzer: Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979.
- ¹⁶ Karl-Ulrich Gelberg: Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit. Band I: 1944–1957. München 2002, S. 189–191, Zitat S. 190.
- ¹⁷ Gelberg, Quellen, S. 199–202, Zitate S. 201.
- ¹⁸ Gelberg, Quellen, S. 210–228, hier S. 222. Zitate ebenda.
- ¹⁹ Karl-Ulrich Gelberg/Michael Stephan: Ministerpräsident Hans Ehard. In: »Das schönste Amt der Welt«. Die bayerischen Ministerpräsidenten von 1945 bis 1993 (Staatliche Archive Bayerns. Kleine Ausstellungen Nr. 13). München 1999, S. 69–76.
- ²⁰ Gelberg, Quellen, S. 229–245, Zitate S. 236.
- ²¹ Abdruck bei Monika Gletler (Hrsg.): Landtagsreden zur bayerischen Vertriebenenpolitik 1946–1950. München 1993, S. 653f.
- ²² Zum Hintergrund vgl. die Kabinettsitzung vom 15. Februar 1947, abgedruckt bei Gelberg, Quellen, S. 248f.
- ²³ Zitat und folgende bei Gletler, S. 653
- ²⁴ Zitat bei Gletler, S. 654.
- ²⁵ Ulrich Enders: Die Bodenreform in der amerikanischen Besatzungszone 1945–1949 unter besonderer Berücksichtigung Bayerns 1949–1949 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 2). Ostfildern 1982.
- ²⁶ Levin Fhr. von Gumpenberg: Geschichte der Freiherren von Gumpenberg 1881–1981. Altmühlhof 1981, S. 35f.
- ²⁷ Konstanze Wolf: CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948–1960. Köln 1982; Thomas Schlemmer: Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955. München 1998; Jaromír Balcar: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972. München 2004, S. 169–258.
- ²⁸ Bernhard Taubenberger: Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954–1957. München 2002.
- ²⁹ Zur Situation auf dem Dorf vgl. Paul Erker: Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel. In: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Wöller (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 3. Aufl. 1990, S. 367–425.
- ³⁰ Gelberg, Quellen, S. 543. – Im Verlauf der Rede wurde der belastete Begriff »Protektorat« mit »Patenschaft« übersetzt.
- ³¹ Gelberg, Quellen, S. 542.
- ³² A. a. O., S. 540.
- ³³ A. a. O., S. 542; Also nicht »zurückgekehrt«!
- ³⁴ A. a. O., S. 542 u. 543.
- ³⁵ A. a. O., S. 540.
- ³⁶ A. a. O., S. 540.
- ³⁷ A. a. O., S. 541.
- ³⁸ A. a. O., S. 541.
- ³⁹ In der ganzen Rede wird mit keinem Wort die Tschechoslowakei erwähnt.
- ⁴⁰ A. a. O., S. 540.
- ⁴¹ A. a. O., S. 542.
- ⁴² A. a. O., S. 542.
- ⁴³ A. a. O., S. 542.

- ⁴⁴ A. a. O., S. 542.
- ⁴⁵ A. a. O., S. 542.
- ⁴⁶ A. a. O., S. 542f.
- ⁴⁷ A. a. O., S. 543.
- ⁴⁸ Zum Hintergrund vgl. Gelberg, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel, S. 802–817.
- ⁴⁹ Gelberg, Quellen, S. 540 u. 542.
- ⁵⁰ A. a. O., S. 542.
- ⁵¹ A. a. O., S. 542.
- ⁵² Dazu Johann Handl: War die schnelle Integration der Vertriebenen ein Mythos? In: Rudolf Endres (Hrsg.): Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945. Köln u. a. 1998, S. 183–214 (mit Literatur). – Der Autor arbeitete mit am Projekt »Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge« des Bayer. Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit.
- ⁵³ Zu Bayern vgl. Franz J. Bauer: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern. Stuttgart 1982; zuletzt Handl, Integration, passim.
- ⁵⁴ Paul Lüttinger: Integration der Vertriebenen. Frankfurt a. M. 1989.
- ⁵⁵ Nach Handl, Integration, S. 186.
- ⁵⁶ Überblick zur wirtschaftlichen Entwicklung bei Karl-Heinz Willenborg: Bayerns Wirtschaft in den Nachkriegsjahren. Industrialisierungsschub als Kriegsfolge. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945–1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. München 1988, S. 121–142; Lanzimmer, Sternbanner, S. 165–180.
- ⁵⁷ Christoph Boyer: Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit. Handwerk in Bayern 1945–1949 (Studien zur Zeitgeschichte 41). München 1992; Boyer/Schlemmer, »Handwerkerland Bayern«?, in: Schlemmer/Wöller, Bayern im Bund 2, S. 87–178.
- ⁵⁸ Eva Moser: Bayerns Arbeitgeberverbände im Wiederaufbau. Der Verein der Bayerischen Metallindustrie 1947–1962 (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 59). Stuttgart 1990.
- ⁵⁹ Claudia Lanig-Heese: Gewerkschaften in Bayern 1945 bis 1949 (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung 80). Marburg 1991.
- ⁶⁰ Vgl. dazu Friedrich Prinz (Hrsg.): Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. 2 Bände. München 1984. – Es fehlen regionale Studien wie sie etwa für die Landkreise Aichach-Friedberg, Fürstfeldbruck oder in Ansätzen für Dachau vorliegen: Richard Bauch: Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Landkreis Aichach-Friedberg. Aichach 1990; Angelika Fox: Flüchtlinge und Vertriebene im Landkreis Fürstfeldbruck. Aspekte ihrer Eingliederung seit 1945. Fürstfeldbruck 1998; Dies.: Dachau – Stadt der Vertriebenen und Flüchtlinge. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Stadt und Landkreis Dachau. In: Amperland 41 (2005) 190–201.
- ⁶¹ Klaus Dieter Wolff: Wandel durch Integration – der Beitrag der Vertriebenen und Flüchtlinge zur Entwicklung in Bayern. In: 1945–1995. 50 Jahre Flucht und Vertreibung, Hypotheken und Chancen. München 1995, S. 21–31; Christoph Boyer/Thomas Schlemmer: »Handwerkerland Bayern«? Entwicklung, Organisation und Politik des bayerischen Handwerks 1945 bis 1975. In: Schlemmer/Wöller, Bayern im Bund 2, S. 87–178.
- ⁶² Boyer/Schlemmer, S. 130.
- ⁶³ A. a. O.
- ⁶⁴ Zahlen bei Handl, Integration, S. 201.
- ⁶⁵ Katalog bei Prinz (wie Anm. 7), S. 35–46.

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Wilhelm Liebhart, Hohenrieder Weg 20, 85250 Altomünster

»Dem ganzen Lager Halt gegeben«

Pater Leonhard Roth als Seelsorger im Internierungslager Dachau 1945 bis 1947

Von Franz Pauelka

Kardinal Michael von Faulhaber, der Erzbischof von München und Freising, beauftragte im Frühsommer 1945 Pater Leonhard Roth mit der Seelsorge der im ehemaligen Konzentrationslager Dachau internierten führenden Nationalsozialisten, SS-Angehörigen und Kriegsverbrecher, um die dieser sich schon seit den ersten Tagen ihrer Einlieferung gekümmert hatte. Roth bat um Bedenkzeit, um zu überlegen, ob er menschlich der Aufgabe gewachsen sei. Doch am 10. Juli 1945 schrieb er an die Armen Schulschwester von Dachau: »Hier ist die Nachfrage seelsorglicher Art, beson-

ders nach Vorträgen, sehr stark, und ich bin froh, wenn ich das Wort Gottes den Heiden vorlegen darf. Es soll nun SS ins Lager kommen; ich überlege mir, ob ich nicht für sie hier bleiben will als Seelsorger; denn bei aller Ablehnung der ganzen Mentalität muss man doch Liebe zu den M e n - s c h e n haben.«¹

Lebensweg

Roth stammte aus einfachen Verhältnissen. Sein Vater war Braumeister in Saldenburg im Bayerischen Wald, als Leonhard